

II-3844 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1919/13

1978 -06- 14

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. LANNER, Dr. HAUSER, DDr. KÖNIG,
GLASER und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend verbesserter Schutz der Bevölkerung gegen aus
der Haft entlassene Schwerverbrecher

Die Ermordung zweier Zollwachebeamter in Oberösterreich am 26. Mai 1978 durch vorzeitig aus der Strafhaft entlassene Gewaltverbrecher hat zu einer starken Beunruhigung unter der Bevölkerung geführt. Der tragische Vorfall wirft die Frage auf, inwieweit die Praxis der vorzeitigen Entlassung reformbedürftig ist. Das derzeitige System der Probezeit bzw. Bewährungshilfe garantiert offenbar nicht in ausreichendem Maße den Schutz der Bevölkerung vor rückfälligen Gewaltverbrechern noch gewährleistet es in jedem Fall eine wirksame Resozialisierung der Rechtsbrecher.

Die heftigen Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Mord an den zwei Zollwachebeamten haben auch gezeigt, wie sehr in der Bevölkerung das Unbehagen über die von Bundesminister Dr. Broda mit Nachdruck betriebene "weiche Welle" im Strafvollzug verbreitet ist. Die Angst der Bevölkerung über den mangelnden Schutz gegen rückfällige Gewohnheitsverbrecher wird durch Meldungen über schwere Fehler im Strafvollzug immer wieder verstärkt.

Es soll hier nur an die folgenden Ereignisse erinnert werden: an den Mord, den ein geisteskranker Verbrecher während des bewilligten Stadtausganges am 21. Oktober 1975 in der Steiermark begangen hat; an die Betrügereien eines zu achtmonatiger Freiheitsstrafe Verurteilten während der Zeit des wiederholten Strafaufschubes; an die Flucht eines Häftlings während eines Heurigenbesuches und schließlich der erwähnte Fall zweier bedingt entlassener Gewohnheitsverbrecher, die in Holland einen Mann und in Oberösterreich zwei Zollwachebeamte ermordet haben. All das ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung in den Strafvollzug zu verbessern.

Der Justizminister hat aus diesen Vorfällen bisher noch keine Konsequenzen gezogen. In einem Gespräch mit Journalisten hat er vielmehr vorgeschlagen, daß der Hafturlaub bzw. der Ausgang am Wochenende für Häftlinge zum normalen Bestandteil des Strafvollzuges werden soll (Kleine Zeitung vom 10.5.1978). Dabei zeigen gerade die oben dargestellten Vorfälle, daß die mit dem freizügigen Strafvollzug verbundenen Gefahren für die Sicherheit der Bevölkerung noch völlig ungelöst sind. Ungelöst ist auch das Problem der wirksamen Kontrolle vorzeitig entlassener Rückfalltäter, insbesondere Schwerkrimineller. Auch für Reformen innerhalb des bestehenden Systems des Strafvollzuges besteht ein Nachholbedarf: gesonderte Erfassung von Erstlingstätern mit geringem Strafausmaß; gruppenweise Zusammenfassung von Fahrlässigkeitstätern; bessere berufliche Ausbildung der Häftlinge etc.

Der Justizminister verfolgt aber unterdessen seine Vision einer Zukunft ohne Gefängnisse.

Die SPÖ hat sich am letzten Parteitag diese Vision zu eigen gemacht und sich im neuen Parteiprogramm auf die schrittweise Abschaffung der geschlossenen Haftanstalten als Ziel der Justizpolitik festgelegt. Die Grundforderung, daß die Experimente mit einem freizügigen Strafvollzug nicht auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung erfolgen dürfen, scheint immer mehr in den Hintergrund zu treten.

- 3 -

Dabei stößt die Politik des Justizministers auch im eigenen Lager auf zunehmenden Widerstand. So hat sich jüngst der oberösterreichische SPÖ-Parteiboss LH-Stv. Hartl dafür ausgesprochen, die Bestimmungen über die vorzeitige Entlassung von Schwerverbrechern im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung zu ändern. Auch der Wiener Bürgermeister Gratz hat nun - angesichts der Abneigung des Justizministers, sich mit den realen Sicherheitsproblemen im Strafvollzug auseinandersetzen - selbst die Initiative ergriffen und angekündigt, daß er die Wiener Gefängnisse auf ihre Ausbruchssicherheit überprüfen lassen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Was werden Sie unternehmen, damit sich künftig Rückfälle von bedingt entlassenen Schwerverbrechern wie im Fall des Mordes an zwei oberösterreichischen Zollwachebeamten möglichst nicht wiederholen?
- 2) Werden Sie den Vorschlägen des SPÖ-Parteibosses von Oberösterreich hinsichtlich einer Reform der vorzeitigen Entlassung von Gewaltverbrechern entsprechen?
- 3) Wie sehen Ihre Vorschläge hinsichtlich der Einführung eines Hafturlaubes konkret aus?
- 4) Haben Sie die Absicht, im Hinblick auf Ihre jüngsten Äußerungen gegenüber Journalisten die entsprechenden Gesetzesvorschläge für die Einführung des Hafturlaubes neuerlich vorzulegen?

5) Halten Sie eine Überprüfung der Sicherheit der Gefängnisse entsprechend den Vorschlägen im Arbeitsprogramm der Wiener SPÖ für notwendig ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichneten Gelegenheit zur Begründung zu geben.